

# Calmer Tagblatt

Nr. 161.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

92. Jahrgang.

Ercheinungswelle: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die einseitige Seite 10 Pfg., außerhalb desselben 12 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Schluss für Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. Fernspr. 9.

Freitag, den 13. Juli 1917.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 1.65 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- und Nachbarortsbereich Mk. 1.55, im Fernverkehr 1.65. Postgeld in Württemberg 30 Pfg.

## Die Lage auf den Kriegsschauplätzen.

Die amtliche deutsche Meldung.  
Ein Sturmerfolg östlich von Arras.  
Auf der gesamten Ostfront verstärkte Tätigkeit des Feindes.

(WTB.) Großes Hauptquartier, 12. Juli. (Amtlich) Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Der Angriff der Marineinfanterie am 10. Juli stellt einen schönen, großen Erfolg dar. Der Feind hat Gegenangriffe nicht zu führen vermocht. Die Kampftätigkeit der Artillerien war gestern in Flandern, vor allem südöstlich von Ypern, in der Artoisfront, bei Lens und Bullecourt gesteigert. Größere Erkundungsunternehmen wurden von uns erfolgreich durchgeführt. Bei Monchy stürmten Stoßtrupps des hantseatischen Regiments unter wirkungsvoller Mithilfe von Flammenwerfern eine Reihe englischer Gräben, aus denen eine größere Zahl von Gefangenen zurückgeführt wurde.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz: In der Westschampagne und auf dem linken Maasufer entwickelten sich im Laufe des Tages heftige Feuerkämpfe. Einige Aufklärungsgefechte endigten günstig.

Heeresgruppe Herzog Albrecht: Nichts Wesentliches.

Westlicher Kriegsschauplatz. Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern: Wieder war bei Riga, Smorgon und Baranowitsch die Feuerfähigkeit lebhaft, auch bei Lud und auf dem ostgalizischen Kampffelde schwall sie zeitweilig zu erheblicher Stärke an. An der Szara wurden russische Jagdtrupps, am Stochob, südöstlich von Kowel, feindliche Teilangriffe zurückgewiesen. Zwischen Dnjestr und Karpathen gingen die Russen mit gemischten Abteilungen gegen die Donnicastellung vor. Bei Kalucz erreichten Vortrupps das Westufer des Flusses.

Mazedonische Front: Nichts Neues.  
Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die gestrige Abendmeldung.

(WTB.) Berlin, 12. Juli. Abends. Amtlich wird mitgeteilt: Im Westen lebhaftere Feuerfähigkeit in der Champagne. Im Osten örtliche Kämpfe dicht südlich des Dnjestr.

Der letzte russische Bericht.

WTB. Petersburg, 12. Juli. Im russischen Heeresbericht vom 11. Juli heißt es u. a.: In der Richtung auf Dolin setzten unsere Truppen die Verfolgung des durch die Armees des Generals Kornilow auf der Front Jessupol-Stanislaw-Bogordschany vollständig geschlagenen Feindes nach Nordwesten fort. Gegen Mittag nahmen unsere Truppen unter dem Befehl des Generals Tscherenisew die Stadt Halicz ein und warfen ihre Vorhut auf das linke Dnjestr-Ufer. Bei Einbruch der Dämmerung erreichten unsere Truppen das Donnicatal und warfen nach kurzem Kampf ihre Vortrupps auf das linke Flußufer. Im Verlaufe dieses Kampftages machten wir mehr als 2000 Gefangene und erbeuteten etwa 30 Geschütze. Im ganzen machten wir in den drei Kampftagen des 8., 9. und 10. Juli in der Richtung auf Dolin mehr als 150 Offiziere und 10 000 Mann zu Gefangenen, erbeuteten ungefähr 80 Geschütze, darunter 12 schwere, und außerdem eine große Zahl Grabenkampfmittel und Maschinengewehre, ebenso wie eine Menge Kriegsgerät und Schießbedarf.

Zur Lage im Westen und Osten.

WTB. Berlin, 12. Juli. Die Beute aus dem erfolgreichen Vorstoß der deutschen Marineinfanterie am 10. Juli zwischen Rüste und der Straße Neuport-Lombartzyde konnte noch nicht völlig festgestellt werden, da die feindlichen Stellungen durch unsere Artilleriewirkung zum Teil vollkommen verschüttet sind. Bis heute wurden 36 Maschinengewehre, 13 Minenwerfer und 1 Revolverkanone eingebracht. Die eroberten Stellungen wurden von den Engländern am Vormittag des 11. Juli mit starkem Feuer belegt, das am Nach-

mittag abflaute, um sich nachts wiederum zu verschiedenen lebhaften Feuerüberfällen zu steigern. Bei dem erfolgreichen Angriff waren die deutschen Verluste äußerst gering. — An der übrigen Front verschiedentlich heftiges Feuer und zahlreiche Patrouillen- und Vorfeldgefechte. Der gemeldete Vorstoß eines hantseatischen Regiments bei Monchy wurde 6 Uhr morgens ausgeführt und brachte ein feindliches Grabensystem von 400 Meter Breite und 300 Meter Tiefe in unsere Hand.

An der Ostfront tastete sich der Russe zwischen Dnjestr und Karpathen langsam gegen unsere planmäßig neubezogenen Stellungen vor. Am 11. Juli erfolgten gegen Abend feindliche Teilangriffe bei Krabowka und bei Babin-Przewjische, die in unserem Feuer erstickt wurden. In der Gegend von Brzezany, beiderseits Hodor und östlich Lud zeitweilig heftige Feuersteigerung. Gegen 10 Uhr abends griff der Russe am Stochobnie nach mehreren starken Feuerwellen in etwa einem Kilometer Breite an. Der Angriff brach in unserem Feuer unter schweren russischen Verlusten zusammen. An der rumänischen Front war die feindliche Artillerie besonders in der Gegend von Braila-Latinulu unruhig und feindliche Schanzarbeiten nordöstlich der Rimioiu-Mündung wurden durch unser Feuer zerstört. Vom 1. bis 10. Juli wurden in den Abschnitten von Brzezany und Zborow 1900 Gefangene, darunter 22 Offiziere, eingebracht. Die relativ geringe Gefangenenzahl ist ein Maßstab für die ungeheuren blutigen Verluste der Russen, die reihenweise niedergemäht und in letzten Fällen unsere Gräben erreichen konnten. Manche Kompagnien sind laut Meldungen von der Front im Feuer auf 30 bis 50 Mann Gefechtsstärke zusammengeschmolzen. Besonders schwer waren die Verluste der dritten Transsam-Division. In zahlreichen Divisionen der russischen Armee wütet der Storkut. Vor dem Einbruch war den Truppen versprochen worden, daß sie in eine ruhige Stellung kämen und nicht angreifen müßten.

Die Vernichtung der Kathedrale von St. Quentin durch die Engländer.

(WTB.) Berlin, 12. Juli. In den letzten 14 Tagen sind auf St. Quentin etwa 2800 Schuß gefallen. Die Kathedrale erhielt 60 Treffer und wird mehr und mehr zur Ruine.

Neue U-Bootserfolge.

(WTB.) Berlin, 12. Juli. (Amtlich) Neue U-Bootserfolge in der Biscaya und im Englischen Kanal: 24 000 Bruttoregister-tonnen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer „Ardah“ (4397 Tonnen), mit Stückgut von Canada nach Cherbourg, bewaffneter französischer Dampfer „Bearn“ (1271 Tonnen), mit Stückgut von Dakar nach Fecamp, die französischen Segler „Alexandre“, mit Holz von Texas nach Fecamp, „La Tour d'Argon“, mit Fischladung nach La Rochelle, portugiesischer Dampfer „Cabo Verde“ (2220 Tonnen), mit Lebensmitteln für die französische Militärverwaltung in Bordeaux. Die Ladungen der übrigen Schiffe bestanden, soweit sie festgestellt werden konnten, aus Kohlen, Erz und Erdnüssen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Ein Luftangriff auf die deutsch-türkische Flotte.

(WTB.) Berlin, 12. Juli. Der englische drachlose Goldhudiens vom 12. Juli meldet, daß bei einem Angriff von Marineluftfahrzeugen auf die deutsch-türkische Flotte in Konstantinopel in der Nacht des 9. Juli der Panzerkreuzer „Goeben“ und andere daneben liegende Schiffe getroffen worden seien, daß gewaltige Explosionen an Bord stattgefunden hätten und mehrere Brände ausgebrochen seien. Das Kriegsministerium sei ebenfalls getroffen worden. Hierzu erfahren wir von zuständiger Seite, daß bei dem fraglichen Angriff die „Goeben“ und das Kriegsministerium unbeschädigt geblieben sind, desgleichen die dort liegenden Unterseeboote, nur ein Torpedoboote hat durch eine Bombe Beschädigungen erlitten.

## Zur innerpolitischen Krisis.

Eine Erklärung der preussischen Konservativen zur Wahlrechtsreform.

Berlin, 12. Juli. Der Vorstand der Konservativen Partei erklärt: Durch Allerhöchste Kabinettsorder vom gestrigen Tage, die der Kaiser und König von Preußen an den Ministerpräsidenten gerichtet hat, wird die Vorlegung eines Gesetzes betreffend die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen angeordnet. Das gleiche Wahlrecht entspricht nicht der Eigenart und der historischen Vergangenheit des preussischen Staates und nicht den der preussischen Gesetzgebung vorbehaltenen gesetzgeberischen und sonstigen Aufgaben; es ist vielmehr geeignet, das feste Gefüge Preußens zu erschüttern und auch diesen Staat der völligen Demokratisierung auszuliefern. Das durch ihn dargestellte unentbehrliche Gegengewicht gegen die Gefahren der Unruhe und der Ueberstürzung, die nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte für das Reich bestehen, wird durch die Einführung des gleichen Wahlrechts hinweggeräumt. Die konservative Partei vermag weder anzuerkennen, daß die in Aussicht gestellte Maßnahme durch die Erfahrungen des Krieges geboten war, noch daß sie auch nur als geeignet erscheinen könnte, um über die Schwierigkeiten der heutigen Lage hinwegzuhelfen und den Siegeswillen des Volkes zu stärken. Die in Aussicht gestellte Abänderung des preussischen Wahlrechts kann daher die konservative Partei nur mit ernstem Bedenken und mit tiefer Sorge für die Zukunft Deutschlands erfüllen.

Die Nationalliberalen und die Reichstagsmehrheit.

Berlin, 12. Juli. Der Beschluß der nationalliberalen Reichstagsfraktion, von Fraktionen wegen der vom interfraktionellen Ausschuss ausgearbeiteten Friedensresolution nicht beizutreten, hat zur Folge gehabt, daß die nationalliberale Fraktion an den interfraktionellen Besprechungen nicht mehr teilnimmt, so daß der interfraktionelle Ausschuss nur aus Vertretern des Zentrums, der Fortschrittler und der Sozialdemokratie besteht.

Empfang von Parlamentariern beim Kronprinzen.

Berlin, 12. Juli. Wie die „B. Z.“ am Mittag erfahren haben will, hat der Kronprinz heute morgen hervorragende Mitglieder der Reichstagsfraktionen im Kronprinzenpalais empfangen, u. a. die Abgg. v. Payer, Dr. David, Dr. Stresemann, Martin von der deutschen Fraktion, Czberger und Graf Westarp. Die Unterhaltung mit jedem einzelnen Abgeordneten, welche gesondert empfangen wurden, dauerte längere Zeit. Beim Empfang wurden alle Fragen der gegenwärtigen Lage besprochen.

Eine offiziöse bayrische Kundgebung zur Krage des Parlamentarismus.

Die „Bayrische Staatszeitung“ schreibt in ihrem Leitartikel vom 12. ds. mit der Überschrift: „Der Ruf nach Parlamentarisierung“: In den lebhaften Erörterungen der letzten Tage über die Neugestaltung, die die inneren politischen Verhältnisse Deutschlands erfahren sollen, nimmt die Frage der sogenannten Parlamentarisierung einen besonders weiten Raum ein und wird als wichtige Forderung zur Gesundung und Stärkung des deutschen politischen Lebens nachdrücklich hervorgehoben. So berechtigt an sich das Bestreben ist, der Volksvertretung ein kräftigeres Mitwirken bei der Gestaltung der inneren und äußeren Politik des Deutschen Reiches zu sichern, so geht doch mit diesem Bestreben Hand in Hand ein anderes, das auf die Einführung des parlamentarischen Regimes in Deutschland abzielt. Jeder vorurteilslose Kenner der Geschichte unseres Verfassungslebens und unserer Parteiverhältnisse wird aber zugeben müssen, daß die Uebertragung des parlamentarischen Systems auf Deutschland eine Unmöglichkeit ist, daß sie eine Maßnahme wäre, die den Bestand des Deutschen Reiches auf das allerschwerste gefährden würde. Wenn es eines Beweises dafür bedarf, so sei an die bekannte Erklärung erinnert, die der Begründer des Deutschen Reiches, Fürst Bismarck, am 5. April 1884 im Plenum des Bundesrats zur Frage der

## Amtliche Bekanntmachungen.

Erntevorschüngen 1917.

Die (Stadt-)Schultheißenämter

werden hiemit auf die Bekanntmachung des Stellv. des Reichskanzlers vom 21. Juni 1917 und auf die Min.-Verfügung vom 28. ds. Mts. (Staatsanzeiger Nr. 149) zur genauen Beachtung hingewiesen. Sie haben hienach für alsbaldige Aufstellung der erforderlichen Sachverständigenkommission und für die rechtzeitige Vornahme der zunächst in der Zeit vom 1. bis 20. Juli vorzunehmenden Schüngen (§ 1 Ziff. I der Bef. des Stellv. des Reichskanzlers) zuverlässig Sorge zu tragen.

Die Bordrücke zur Schüngenurkunde, die nach der ihnen aufgedruckten Anweisung auszufüllen sind, sind den Herren Ortsvorstehern mit den Ortslisten von der Erntefähigenerhebung 1917 bereits zugegangen. Diese Ortslisten können bis auf weiteres bei den Gemeinden zurückgehalten werden.

Ein Stück der vorschriftsmäßig ausgefüllten Schüngenurkunde wolle bis spätestens 21. Juli dem Oberamt eingesandt werden.

Calw, den 11. Juli 1917.

R. Oberamt: Binder.

### Verwendung von Getreide der neuen Ernte.

Die Landesgetreidestelle teilt untern 5. ds. Mts. mit: I. In einzelnen Bezirken wird bereits Wintergerste geerntet, gedroschen und auch schon vermahlen. Die Kommunalverbände werden darauf aufmerksam gemacht, daß Mahlscheine für Gerste und ebenso für Brot-

getreide aus der neuen Ernte nicht ausgestellt werden dürfen und können, solange nicht gemäß § 7 Absatz 1 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1917 (Reichs-gesetzblatt Seite 507) vom Bundesrat die Mengen fest-gesetzt sind, welche die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe zur Ernährung der Selbstversorger oder zur Fütterung ihres Viehs verwenden dürfen. Zunächst sind für den Eigenverbrauch der Landwirte an Brotgetreide und Gerste zur Ernährung und zur Verfütterung lediglich die Bestimmungen der Bundesratsverordnung vom 22. März 1917, betreffend Inanspruchnahme von Getreide und Hülsenfrüchten, maßgebend. Getreide der neuen Ernte darf, sofern nicht noch ausdrücklich etwas anderes bestimmt werden sollte, von den Selbstver-sorgern grundsätzlich erst vom 16. August an verwendet und es muß ihnen das schon vorher zur Vermahlung freigegebene Getreide auf den geschäftlichen Bedarf von diesem Tage ab angerechnet werden. Um einen unstat-tlichen Vorverbrauch auszuschließen, werden Mahlscheine für Getreide der neuen Ernte frühestens etwa von Ende Juli an ausgestellt werden können.

II. Das Kriegsernährungsamt hat laut Erlaß vom 28. v. Mts., B II 7287, auf Grund des § 81 der Reichs-getreideordnung 1917 genehmigt, daß trotz der Be-schlagnahme (§ 7) Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe aus ihrer selbstgebauten Wintergerste das zur Bestellung der Grundstücke ihres Betriebs erforderliche Saatgut verwenden und zurückbehalten dürfen.

### Die Gemeindebehörden

und die landw. Betriebsunternehmer werden hiemit

von Vorstehendem verständigt.

Calw, den 7. Juli 1917.

R. Oberamt: Binder.

### Delfrüchte.

Die Gemeindebehörden wollen die Besitzer von Delfrüchten im dortigen Bezirk zur Anmeldung ihrer Bestände auffordern und darauf aufmerksam machen, daß auch die diesjährige Ernte auf Grund der Bundesrats-verordnung über den Verkehr mit Delfrüchten und da-raus gewonnenen Produkten vom 15. Juli 1915 bezw. 26. Juni 1916 (bekanntgegeben in der neuen Fassung am 27. Juni 1917) beschlagnahmt ist, und die Liefere-rungspflichtigen ihre Ernte zur Vermeidung der gesetz-lichen Strafe an die vom Kriegsausschuß ernannten Kommissionsräte zur Ablieferung zu bringen haben.

Bordrücke mit getrennter Bezeichnung (Rüben, Raps, Mohn, Dotter, Senf, Heberich, Hanffamen) sind von den Gemeindebehörden vom Oberamt zu beziehen. Calw, den 10. Juli 1917. R. Oberamt: Binder.

### Rgl. Oberamt Calw.

Auf die im Staatsanzeiger Nr. 158 (2. Beilage) erschienene Bekanntmachung der Direktion der landw. Anstalt in Hohenheim vom 3. d. Mts., betreffend die

### Aufnahme in die Gartenbauhschule,

werden die beteiligten Kreise hiemit hingewiesen.

Der Staatsanzeiger kann bei den Herren Ortsvor-stehern eingesehen werden.

Den 11. Juli 1917. Regierungsrat Binder.

Einrichtung verantwortlicher Reichsministerien abgab: Selbst wenn es gelänge, feste Majoritäten aus den im heutigen Reichstage vorhandenen Parteien zu bilden, würde die könig-liche Regierung doch die Herstellung eines parlamentarischen Regiments für eine sichere Einleitung zum Verfall und zur Wiederauflösung des Deutschen Reiches halten. Diese Er-klärung des ersten deutschen Kanzlers, die besonders die un-geteilte Zustimmung aller Vertreter der sämtlichen übrigen Bundesregierungen fand, hat noch heute Wort für Wort un-veränderte Geltung. Die Worte Bismarcks, die, wie erwähnt, zu der Frage der Einrichtung verantwortlicher Reichsmini-sterien gesprochen waren, gewinnen natürlich gegenüber der jetzt laut werdenden Forderung auf Einführung eines par-lamentarischen Systems in Deutschland noch ganz besondere Bedeutung. Ein solcher Eingriff in die Grundlage des bun-desstaatlichen Charakters des Deutschen Reiches würde dessen Bestand aufs schwerste gefährden und muß daher auf das entschiedenste als unannehmbar von vornherein abgelehnt werden. Ein anderes aber ist es, wie schon betont, mit Maß-nahmen, die im Rahmen des durch feierliche Verträge ver-bürgten bundesstaatlichen Charakters des Reiches für ein in-niges und verständnisvolles Zusammenwirken von Reichs-leitung und Volksvertretung Gewähr bieten und die als im Interesse der Wohlfahrt des Reiches gelegen, freudig begrüßt werden könnten.

### Amerika der große Unruhestifter.

(WTB.) Kopenhagen, 12. Juli. Anschließend an eine Betrachtung über die mögliche Wirkung einer Neuorientierung in Deutschland auf einen Friedens-schluß schreibt „Finanztribüne“: Bezeichnend ist die Leichtgläubigkeit, mit der die deutsche und die englische Re-gierung durch die Verhandlungen in Haag die sehr um-fangreiche Kriegsgefangenenfrage lösten. Der große Un-ruhestifter in der Entente ist Amerika, das kaum einen Fuß nach Europa gesetzt hat, dessen Krieg gegen die kleinen neutralen Staaten aber so vielversprechend be-ginnt. Dagegen scheint Frankreich die Formel des de-mokratischen Friedens anerkennen zu wollen.

Die Gefinnung unserer Feinde gegenüber der deutschen Friedensliebe.

(WTB.) Berlin, 12. Juli. Welche Gefinnung bei unseren Feinden noch immer herrscht, wird treffend gekennzeichnet durch den Ypener Funkspruch aus Ame-rika vom 11. Juli: Die Selbsttäuschung Deutschlands: „Newport Times“ meinen, daß selbst die deutschen So-zialisten, die die Demokratisierung des Kaiserreiches predigen, noch nicht klar genug die Wichtigkeit des Ver-brechens einsehen, dessen Deutschland vor dem Richter-stuhl der Zivilisation angeklagt wird. In seiner Rede im Reichstagsausschuß sprach Ebert die Ansicht aus, daß die deutsche Regierung den Frieden haben könne, wenn sie nur ein Friedensangebot ohne Annexionen und Entschädigungen machen würde, und das Streben nach einem Sonderfrieden mit Rußland unterlassen wollte. Ebert spricht wie ein Mann, der in einem anderen Jahrhundert lebt. Seit der Marneschlacht handelt es sich nicht mehr um die Fragen der Annexionen durch Deutschland, oder um Entschädigungen, die es vor-schreiben könnte. Diese Ansicht ist seit langer Zeit schon von den Alliierten beiseite geschoben. Ebert täuscht sich aber sehr, wenn er erklärt, daß Deutschland den Frieden haben könne, wenn es ganz einfach auf seine beabsich-tigten Annexionen und Entschädigungen verzichtete. Der Frieden, der auf diesem Grundsatz aufgebaut ist, wird nur den früheren Zustand wieder herstellen. Da

Deutschland weiß, daß ein Sieg unmöglich ist, so ist ihm der Status quo erwünscht. Die Alliierten werden zu diesen Bedingungen keinen Frieden schließen, der Traum und die ehrgeizigen Pläne des Imperialismus müssen aufgegeben werden. Deutschland muß vollständig seinen Geisteszustand ändern, bevor sich die Alliierten herbeilassen, vom Frieden zu sprechen.

(D.N.) Berlin, 12. Juli. „Globe“ vom 3. Juli schreibt: Jetzt heißt es für uns, nicht auf Sonder-friedensvorschläge hereinzufallen. Mit Rußland erleben die Deutschen eine große Enttäuschung. Nun müssen wir uns hüten, in die gleiche Falle zu gehen. Unsere gegenwärtige Aufgabe ist es, nicht den Friedensschal-meien zu lauschen, sondern immer und immer wieder zu-zuschlagen, so hart und so derb, wie wir nur können. Wir wollen die Hunnen schlagen, wann und wo immer wir sie treffen, in den Schützengräben, auf und unter dem Wasser, in den besetzten und den offenen Städ-ten. Jetzt geht es um Krieg gegen Krieg und wehe uns, wenn wir nicht alle unsere Kräfte dorein setzen.

### Ein französischer Ministerrat wegen der deutschen Krise.

Berlin, 13. Juli. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Basel: Wie der „Progrès de Lyon“ aus Paris meldet, messe man in dortigen gut unterrichteten Kreisen dem gestern ab-gehaltenen außerordentlichen Ministerrat höchste Bedeutung bei. Wie verlautet, beschäftigte sich der Ministerrat mit der durch die Krise in Deutschland geschaffenen Lage, sowie mit der Antwort der deutschen sozialdemokratischen Minderheit auf dem Stockholmer Fragebogen.

### Frankreichs unverjährbares „Recht“ auf Elsaß-Lothringen.

(WTB.) Paris, 12. Juli. Neuter meldet: In einer Rede über Elsaß-Lothringen im Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten erklärte der Ministerprä-sident Ribot: Wir haben ein unverjährbares Recht auf Elsaß-Lothringen und können eine Volksabstimmung nicht zulassen. (Ribot weiß warum.)

### Einladung der Elsaß-Lothringer nach Frankreich.

Zürich, 12. Juli. Der „Neuen Zürch. Zeitung“ zu-folge werden in letzter Zeit an die in der Schweiz lebenden Elsaß-Lothringer gedruckte Zirkulare versandt, welche die Elsaß-Lothringer unter dem Motto „Edles Blut verleugnet sich nie“ zum Eintritt in den französi-schen Militär- und Zivildienst auffordern. Zwischen den Zeilen dieser Aufforderung liest man aber die ver-steckte Drohung, daß die Elsaß-Lothringer im Falle der Nichtfolgeleistung der Aufforderung später — wenn Elsaß-Lothringen französisch sein würde (!) — die Fol-gen zu tragen hätten.

Morgen soll der Reichskanzler, wie schon gemeldet, an-läßlich der Einbringung der neuen Kreditvorlage Aufklärung darüber geben, wie sich die Regierung die weitere Neuord-nung der inneren Politik denkt, nachdem der Hauptteil der Wünsche der Linken durch den Erlaß über die Einführung des direkten, geheimen und gleichen Wahlrechts in Preußen befriedigt wurde. Man will jetzt auch wissen, wie sich der Reichskanzler zu der Forderung der Reichstagsmehrheit nach einer näheren Fühlungnahme zwischen Regierung und Volks-vertretung verhält, und wie er dieser glaubt gerecht werden zu können. Zwecks Aufklärung über die Auffassung der Par-teien des Reichstags werden deshalb vom Reichskanzler fort-dauernd Bepflegungen mit den Parteiführern gepflogen und auch der Kronprinz hat die Führer der Parteien empfangen.

Welche Entscheidung der morgige Tag in dieser Richtung bringen wird, das ist heute auch nicht annähernd festzustel-len, denn die letzten Stunden können noch in grundlegender Weise Änderungen in Bezug auf die Pläne der Regierung hervorrufen. Daß es sich nicht um die Einführung des par-lamentarischen Systems handeln kann, das hätte man auch ohne die Feststellung der „Bayerischen Staatszeitung“ sich denken können, denn das würde eine unwägliche Verände-rung unserer Partei- und verfassungsmäßigen Verhältnisse als Voraussetzung verlangen, die heute mit dem besten Wil-len nicht durchgeführt werden könnte. Aber eine Einflüß-nahme der Volksvertretung auf die Regierung in dem Sinne, daß die Regierung nicht direkt in Gegenfaz zu der Mehrheit der Volksvertretung sich stellt, ist möglich, und ist in den einzelnen Bundesstaaten auch durchaus schon in Wirksamkeit getreten. In Preußen hat bisher nur ein den Konservativen genehmes Ministerium sich halten können, in Bayern wurde nach dem Ausfall der letzten Landtagswahlen das überläs-Rabinet durch Männer des Zentrums abgelöst und wer er-innert sich nicht des Rücktritts Bismarcks, als die letzten Lan-dtagswahlen in Württemberg keine ausgesprochene Mehrheit für die Linke mehr brachten. Es braucht nun gar nicht etwa eine Persönlichkeit sein, die ausgesprochen den Mehrheitswil-len vertritt, wenn nur den geänderten Verhältnissen seitens der Regierung Rechnung getragen wird, was sich eigentlich von selber versteht, im Interesse einer gedeihlichen Zusam-menarbeit von Regierung u. Volksvertretung. Bekanntlich hat gerade die Partei, die jetzt so sehr gegen die Parlamentari-sierung ist, in Preußen ihre parlamentarische Macht zur Po-litisierung des ganzen höheren Beamtentums mißbraucht, und wer erinnert sich nicht des Rücktritts Bülow's, der in erster Linie doch durch die Konservativen gestützt wurde, die den neuen Wegen auf dem Gebiet der Reichssteuer einfach nicht folgen wollten. Also die Bedenken der Konservativen in Preußen scheinen uns weniger vaterländischer Natur als im Eigeninteresse zu sein, und wir brauchen nur an das würt-tembergische Wahlrecht zu denken, das demokratischste in Deutschland, und an die heutigen Parteiverhältnisse auf Grund dieses Wahlrechts, um die durchaus einseitige Auf-fassung, wie sie in der konservativen Erklärung zum Ausdruck kommt, richtig zu beleuchten. Allerdings haben die preußi-schen Konservativen ihre politische Macht bisher so sehr miß-braucht, daß die Reaktion auf Grund eines freieren Wahl-rechts natürlich nicht ausbleiben kann. Wie unehrlich es ist, wenn die gesamte konservative Presse Preußens nun auf ein-mal die Zukunft des preußischen Staats und sogar Deutsch-lands als erschüttert ansieht, wenn auch in Preußen ein freie-res Wahlrecht eingeführt wird, das geht auch aus einer Aeußerung der führenden Zeitung der Nationalliberalen her-vor, der „Kölnischen Zeitung“, die gewiß frei von Radikalis-mus ist, und die über den Wahlrechtserlaß folgendes schreibt: „So viel läßt sich sagen, daß es mit dem bisherigen Wahl-recht über kurz oder lang in Preußen zu einer Katastrophe gekommen wäre. Man kann sich heute nur darüber wundern, daß man in Preußen bis in das Jahr 1917 hinein ein Wahl-recht in Kraft gelassen hatte, das für die große Mehrheit der Nation völlige Rechtlosigkeit bedeutete, und das auf die In-teressen nicht des Volkes, sondern einer bestimmten Partei zugeschnitten war.“ Mit diesem Urteil eines besonnenen bür-gerlichen Blattes, das den gemäßigten Fortschritt vertritt, glauben wir diese Frage genügend beleuchtet zu haben, und wie gesagt, Aufklärung darüber, wie sich die Regierung ein-bessert, im Interesse des Volkes gelegenes Zusammenarbei-ten zwischen Regierung und Volksvertretung denkt, werden wir morgen wohl durch den Reichskanzler erhalten.

Gleichzeitig soll ja auch morgen die gestern besprochene Kriegszielerklärung der Reichstagsmehrheit abgegeben wer-

den, wahrscheinlich im Zusammenhang mit Erklärungen des Reichsanzlers zur auswärtigen Lage. Bisher schienen nur das Zentrum, die Volkspartei und Sozialdemokratie sich auf die Formel von einem Verständigungsfrieden geeinigt zu haben, der aber die Rechte Deutschlands und seiner Bundesgenossen gewährleistet. Von den Nationalliberalen sollen etwa 27 Abgeordnete, also mehr als die Hälfte, sich ebenfalls für diese Formel ausgesprochen haben, und auch Mitglieder der deutschen und der freikonservativen Fraktion wollen sich dieser Kriegszielumgebung anschließen. Man rechnet mit einer Zahl von 311 Stimmen für die Kundgebung, sodas nur 86 Stimmen gegen die Erklärung wären. Das dürfte also eine eindrucksvolle Friedenskundgebung werden, wie sie ähnlich auch im ungarischen Abgeordnetenhaus vorgestern zum Ausdruck kam, wo ebenfalls die Bereitschaft zu einem für sämtliche kriegführenden Parteien annehmbaren, ehrlichen Frieden erklärt wurde, aber auch der Wille zum Kampfe bis zu diesem Frieden, der die Rechte der Mittelmächte sichert. Unsere Feinde, die den Eindruck der bevorstehenden Kundgebung der deutschen Volksvertretung schon von vornherein vermissen möchten durch Verächtlichmachung und Verzerrung der Vorgänge im Innern Deutschlands, erheben aber heute ihre Stimme umso lauter für die Vernichtung der politischen und wirtschaftlichen Macht des deutschen Volkes. Das festzustellen und die Folgen daraus zu ziehen, wird unsere nächste Aufgabe sein.

ten sich um den Kranken, der zunächst das Bewußtsein verloren hat.

**Berlin, 12. Juli.** „Germania“ meldet eine erfreuliche Besserung im Befinden Dr. Spahns. Die Ärzte stellen fest, daß es sich nur um einen Schwächeanfall handelt. Dr. Spahn wurde in einem Automobil zu seiner Wohnung gefahren und verabschiedete sich mit einigen Scherzworten von den ihn begleitenden Parteifreunden. Er hofft, in einigen Tagen wieder im Reichstag erscheinen zu können.

**Gerard scheidet aus dem diplomatischen Dienst.**

**Berlin, 13. Juli.** Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Basel: Wie der „Matin“ aus Newyork meldet, habe der frühere amerikanische Botschafter in Berlin, Gerard, seinen Rücktritt aus dem diplomatischen Dienst eingereicht. Er werde sich ins Privatleben zurückziehen.

**Argentinien vor dem Abbruch der Beziehungen zu Deutschland.**

**Frankfurt, 12. Juli.** Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Basel: Havas berichtet aus Buenos Aires: Die deutschen Kreise befürchten einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Republik Argentinien und Deutschland infolge der letzten Beschwerden der argentinischen Regierung, wegen der Torpedierung argentinischer Schiffe. Die deutschen Geschäftsleute bereiten sich für diese Eventualität vor.

**Die Zunahme des Frauenstudiums.**

Nach einer interessanten Statistik der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ verteilen sich die weiblichen Studierenden auf die deutschen Universitäten:

Studienjahr	Gesamtzahl	davon in der medizinischen Fakultät
W. 1908/09	1077	334
S. 1909	1484	355
W. 1909/10	18	485
S. 1910	21	525
W. 1910/11	24	565
S. 1911	255	567
W. 1911/12	279	600
S. 1912	296	652
W. 1912/13	321	715
S. 1913	340	804
W. 1913/14	368	892
S. 1914	412	1027
W. 1914/15	392	1004
S. 1915	456	1189
W. 1915/16	479	1229

**Aus Stadt und Land.**

Calw, den 13. Juli 1917.

**Ergebnis der letzten Hausammlung.**

\* Die zu Gunsten des Roten Kreuzes und der städtischen Kriegshilfskasse vergangene Woche vorgenommene Hausammlung hat insgesamt 1102 M. erbracht. Die opferfreudigen Spender werden in dem Bewußtsein ihren Dank finden, daß sie durch ihre Hilfsbereitschaft den Familien ausmarschierter Krieger manche Not zu lindern vermögen, und unsere verwundeten und kranken Feldgrauen durch eine leistungsfähige Rote Kreuz-Kasse hier und dort eine freudige Ueberraschung erfahren.

**Das Eisene Kreuz.**

Das Eisene Kreuz und die silberne Verdienstmedaille erhielt Fritz Kling von Ernstmühl; er wurde auch zum Gefreiten befördert.

**Kriegsauszeichnung.**

Der Gefreite Michael Kentschler, Sohn des Joh. Kentschler in Schmied, hat die silberne Verdienstmedaille erhalten.

**Kriegsverluste des Oberamts Calw.**

Aus der Württembergischen Verlustliste Nr. 585.  
Fenschel, Lorenz, 2. 8. 96, Neuweiler, inf. Verm. gef. Mayer, Jakob, 22. 10. 97, Oberhaugstett, verm. und vern. Schlatterer, Karl, Uffz., 31. 8. 79, Calw inf. Verm. gef. Seeger, Adam, Krankr. 22. 6. 92, Zwerenberg, verm.

**Der älteste Einwohner unserer Stadt.**

Der älteste Einwohner unserer Stadt, Herr Oberlehrer a. D., Dengler, feiert morgen den 14. Juli seinen 90. Geburtstag. Der ehrwürdige Mann hat einen großen Teil seines Lebens hier zugebracht. Als unständiger Lehrer kam er im Jahr 1851 einige Tage nach dem damaligen verheerenden Hochwasser hieher und war 10 Jahre an der Volksschule und bei verschiedenen Vereinen tätig. Hierauf bekleidete er die Stelle des Hauptlehrers in Pfondorf, wo er seinen Hausstand gründete und hernach zog es ihn wieder nach Loffenau, dem ersten Ort seiner Wirklichkeit. Im Jahr 1882 wurde ihm eine Lehrstelle an der hiesigen Volksschule übertragen, die er bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1901 inne hatte. Daneben war er viele Jahre als Fachlehrer an der Gewerblichen Fortbildungsschule tätig. Als guter Musiker und vortrefflicher Sänger beteiligte er sich als eifriges Mitglied bei dem evangelischen Kirchengesangverein und blieb diesem Verein auch nach seinem Ausscheiden aus dem

Schuldienst treu. Auch bei patriotischen Feiern stellte er sich gerne zur Verfügung. Die Geburtstagsfeiern des Kaisers weckten seine poetische Beranlagung und manches schöne und schwungvolle Gedicht trug er bei derartigen Festfeiern vor. In der Schule war er ein überaus fleißiger Mann, Arbeit war ihm eine Lust und mit großer Sachkenntnis und Liebe unterrichtete er seine Schüler. Seine Tätigkeit wurde allseits, auch von seiner Behörde durch eine ihm verliehene Auszeichnung anerkannt. Mit einem heiteren und geselligen Gemüt ausgerüstet, erfreute er seine Freunde und Umgebung durch seine schlagfertigen und humorvollen Unterhaltungen und überall ist er wegen seines leutseligen Wesens und offenen Charakters wohlgefallen. Er besaß bis in die letzten Jahre eine außerordentlich gute Gesundheit und besonders war ihm das Wandern ein Bedürfnis. Wie viel hundertmal ist der wadere Mann nachmittags nach Schluß der Arbeit zu Fuß gegangen, um ihr einen Besuch abzustatten; nach einigen Stunden des Wiedersehens lehrte er am gleichen Tag zu Fuß zurück. Auch heute noch ist er trotz seines hohen Alters frisch an Geist und mit einem vorzüglichem Gedächtnis begabt. Er besucht noch jeden Sonntag den Gottesdienst und ist dort ein eifriger Zuhörer. Auch sein engerer Freundeskreis wird von ihm nicht vergessen; wenn es die Witterung erlaubt, nimmt er an den Gesellschaftsabenden teil und trinkt noch mit Wohlbehagen sein Schöppllein. So feiert er morgen in voller geistiger Frische seinen 90. Geburtstag, verehrt von seinen vielen Schülern und Schülerinnen, hochgeachtet von seinen Mitbürgern, geliebt von seinen Freunden. Viele Wünsche werden ihm morgen zukommen als Zeichen der Liebe, die sich der wadere Mann und ausgezeichnete Lehrer erworben hat. Wir wünschen dem Geburtstagskind einen schönen, gefegneten Verlauf des gewiß seltenen 90. Geburtstages und noch eine weitere Reihe von ruhigen und ungetrübten Lebensjahren.

**Ferienkolonie.**

Wie im Vorjahre, so übernahm es auch heuer die Stadt Stuttgart, eine größere Anzahl von körperlich schwächlichen Schulkindern in dem herrlich gelegenen Luftkurort Hirsa und zwar im Gasthof zum Waldhorn unterzubringen. Wie gut die Kinder daselbst verpflegt werden, beweist nach verhältnismäßig kurzem Aufenthalt ihr frisches Aussehen. Täglich werden unter Aufsicht einer Kindergärtnerin Spaziergänge in die nahen Wäldchen unternommen und bei frohem Spiel, Gesang und Beerensuchen verfliehet die Zeit nur zu rasch, Möge nun auch der Himmel wieder ein heiteres Gesicht zeigen und die Sonne den lieben Kleinen ihre heilbringende Wärme zu teil werden lassen.

**Eine Verordnung über Auskunftspflicht aller Wirtschaftsbetriebe.**

Der Bundesrat hat in seiner letzten Sitzung eine Verordnung über Auskunftspflicht beschlossen. Danach sind der Reichsanzler, die Landeszentralbehörden und die von diesen bestimmten Stellen berechtigt, jederzeit Auskunft über wirtschaftliche Verhältnisse jeder Art zu verlangen, zum Beispiel über Vorräte, Leistungen und Leistungsfähigkeit von Unternehmen und Betrieben. Der Auskunftspflicht sind unterworfen landwirtschaftliche und gewerbliche Unternehmer, öffentlich rechtliche Körperschaften und Verbände, sowie alle Personen, die Gegenstände, über die Auskunft verlangt wird, in Gewahrsam haben oder gehabt haben oder auf Lieferung solcher Gegenstände Anspruch haben. Das Betriebsgeheimnis soll gewahrt bleiben. Eine Nichteinhaltung der Verpflichtung der Auskunftspflichtigen wird unter strenge Strafe gestellt.

**Gegen die Hamsterei der Kurgäste.**

Die Not, welche die bitterböse Hamsterei der Kurgäste mit sich bringt, tritt nicht nur bei uns zu Tage, wie aus folgendem amtlichen Ausschreiben hervorgeht, welches das Großherzogt. Bezirksamt Billingen erläßt. „Kurgäste und Sommerfrischler! Ein ernstes Wort. Im Großherzogtum Baden ist es allen Fremden in Stadt und Land streng verboten, Lebensmittel einzukaufen. Jede Zuwiderhandlung wird schwer bestraft. Wer hamstert muß den Ort verlassen und wird der öffentlichen Verachtung preisgegeben. Er wird nach dem Willen des Gesetzes an seinem Ort des Landes mehr als Fremder aufgenommen; sein Name wird hier und in seiner Heimat öffentlich bekannt gemacht. Lebensmittel werden abgenommen; die Lebensmittel werden ihm entzogen. Großh. Bezirksamt Billingen. Die einzelnen Hotels in Freudenstadt gegen die Hamsterei vorgehen, zeigt folgende „Dringende Warnung“, welche in den Kurhäusern Waldlust, Waldeck und Hotel „Post“ als Plakat angeschlagen ist: „Dringende Warnung! Mit Rücksicht auf die erneuten strengen Vorschriften des A. Oberamts bitte ich die verehrlichen Gäste aufs dringendste, jeden Versuch unberechtigten Einkaufens (Hamsterns) in der Stadt und Umgebung zu unterlassen. Gegen Zuwiderhandelnde möchte ich im allgemeinen und eigenen Interesse auch von mir aus vorgehen, sie anzeigen und ohne Einhaltung einer Kündigung aus dem Hotel ausweisen.“ (Unterschrift des Besitzers.) Einschränkung der Gästezahl. Auch soll schon in den nächsten Tagen der Frage der Einschränkung der Gästezahl näher getreten werden, welche bis zum Schluß der Saison noch in den Freudenstädter Kurbetrieben und Pensionen untergebracht werden darf.

**Zur Lage in Rußland.**

**Militärkommissare zur Lösung der politischen Fragen im Heere.**

**Petersburg, 12. Juli.** (Pet. Tel.-Ag.) Im Hinblick auf die Umformung des Heeres nach demokratischen Grundsätzen hat die vorläufige Regierung beschlossen, bei jedem Oberkommando das Amt eines Militärkommissars bei der Regierung einzurichten. Dieser soll von der Regierung im Einverständnis mit dem Höchstkommandierenden ernannt werden. Diese Kommissare werden nach den Anordnungen des Kriegsministers dazu beitragen, alle politischen Fragen, die im Heer und Marine auftauchen, in gleichmäßiger Weise zu lösen und die Arbeiten der Armeekommissionen in Einklang zu bringen.

**Der Wirrwarr im Innern.**

(WTB.) **Stockholm, 12. Juli.** „Stockholms Tidning“ meldet aus Haparanda, daß sich die Truppen in der Ukraine geweigert hätten, an „Kerenskis Offensive“ teilzunehmen. 5000 Soldaten hätten den großen Bahnhof besetzt und versuchten, andere Soldaten dazu zu überreden, gleichfalls die Abreise an die Front zu verweigern. — Nach Schilderungen finnischer Zeitungen endete der Kampf zwischen finnischen Bauern und Soldaten in Harmd mit einem Siege der Bauern. Diese warteten in Verstecken, bis die Soldaten alle Munition erschossen hatten und stürzten sich dann auf die Russen, von denen über 50 verwundet oder getötet wurden.

(WTB.) **Stockholm, 11. Juli.** „Aftonbladet“ erzählt aus Haparanda, daß es in der finnischen Stadt Härnäs zu blutigen Zusammenstößen zwischen dem russischen Militär und der bürgerlichen Bevölkerung gekommen sei, weil diese sich geweigert habe, den Soldaten Lebensmittel zu liefern. Etwa 20 Bürger sollen getötet worden sein. — Demselben Blatt zufolge hat das Industrieministerium in Petersburg mitgeteilt, daß wieder mehrere Fabriken infolge Mangels an Rohmaterial und Kohlen den Betrieb einstellen mußten. Darunter befinden sich die große Fabrik der Vereinigten Russischen Eisenindustrie mit 5000 Arbeitern und eine Lokomotivfabrik in Charkow. — Ferner berichtet das genannte Blatt, daß in Kronstadt die Anarchie wieder überhand nehme. Die Gerichtskommission, die eine Untersuchung über die eingesperrten Offiziere anstelle, sei aus der Stadt wieder abgereist.

(WTB.) **Petersburg, 10. Juli.** Die Peterb. Tel.-Ag. meldet: Das Personal der Eisenbahnen Finnlands, dessen Forderung auf Gehaltserhöhung um 30 Prozent nicht bewilligt worden war, hat heute nachmittag auf der Strecke Petersburg—Riiborg die Arbeit eingestellt. Man hofft, den Ausstand bald beizulegen.

(WTB.) **Petersburg, 10. Juli.** Wie die „Peterb. Tel.-Ag.“ berichtet, begab sich eine Abordnung des Arbeiter- und Soldatenrates, mit Tschcheidt an der Spitze, nach einer geheimen Beratung mit der vorläufigen Regierung nach Helsinki, um an Ort und Stelle die wechselseitigen Beziehungen zwischen Rußland und Finnland beizulegen.

**Bermischte Nachrichten.**

**Der Zentrumsführer Spahn erkrankt.**

(WTB.) **Berlin, 12. Juli.** In der heutigen Fraktionsitzung des Zentrums, die um 11 Uhr vormittags stattfand, erkrankte plötzlich der Präsident Dr. Spahn, nachdem er eine längere Rede gehalten hatte. Die Fraktionsitzung wurde darauf aufgehoben. Präsident Dr. Spahn verblieb zunächst im Fraktionszimmer. Zwei Ärzte, die Abgeordneten Dr. Gerlach und Schatz, bemüht-

Vom Landtag.

Stuttgart, 11. Juli. Bei der Beratung des Postetats in der Zweiten Kammer teilte Ministerpräsident v. Weizsäcker mit, daß die Summe des Ausgleichsbetrags, die Württemberg vom Reich bezahlt erhalte, über die 4 Millionen des Vorjahres hinausgehen werde. Die Regierung denke nicht daran, das Postreservatrecht aufzugeben. Die Kriegskostenvergütung, die Württemberg in Anspruch genommen habe, betrage für das Jahr 1915 1,5 Mill., für das Jahr 1916 1,3 Mill. Der Postverkehr sei etwas zurückgegangen, dagegen habe der Telegrammverkehr zugenommen. Der Ministerpräsident befürwortete die aus dem Hause erhobene Forderung nach einem sparsameren Gebrauch der Telegraphen- und Telephonleitungen durch die Militärverwaltung und durch Militärpersonen. Der Präsident der Generaldirektion der Posten und Telegraphen werde in dieser Richtung weitere Maßnahmen treffen. Mit der Aufnahme von Anwärtern im mittleren Verkehrsdienst werde unerbittlich Schluß gemacht werden. Ueber die Zunahme des Postschiffverkehrs machte der Ministerpräsident folgende Angaben: In Württemberg ist die Zahl der Postschiffkonten seit Kriegsbeginn von 5482 auf 8182 ge-

stiegen. Der gegenwärtige Stand der Guthaben der Postschiffkonten belief sich auf fast das Dreifache gegenüber der Zeit vor dem Kriege. Er betrug vor dem Krieg 9,7 Millionen, im Jahre 1914 10,2 Millionen, 1915 14,8 Millionen, 1916 18,5 Millionen und 1917 26,6 Millionen. Der Redner erklärte, die württembergische Regierung unterstütze alle Bestrebungen zur Förderung des bargeldlosen Verkehrs, habe aber Bedenken gegen den Vorschlag, die Einzahlungsgebühr aufzuheben. Die Stellungnahme Württembergs in der Gebührenfrage sei übrigens nicht entscheidend. Postpräsident v. Mehger gab bekannt, daß der Reinertrag aus den Jubiläumsmarken 200 000 Mark übersteige, er werde zum großen Teil zur Wohlfahrtspflege Verwendung finden. Ein Antrag auf Abschaffung der Gebühren für Jahrmarten und der Ueberweisungsgebühren im Postschiffverkehr wurde dem Finanzausschuß überwiesen.

Mutmaßliches Wetter am Samstag und Sonntag.

Die Wetterlage steht nunmehr unter dem Einfluß eines Hochdrucks. Für Samstag und Sonntag ist trockenes und warmes Wetter zu erwarten.

Evangelische Gottesdienste.

6 Sonntag nach Trinit., 15. Juli. Vom Luth.: 884, Predigtlied: 403, D. Gott's Sohn etc. 9 Uhr: Vormittagspredigt, Stadtpfarrer Schmidt. 1 Uhr: Christenlehre mit den Schülern der jüngeren Abteilung. 8 Uhr: Abendpredigt, Stefan Keller. Mittwoch, 18. Juli. Bezirksynode. 9 Uhr: Eröffnungspredigt, Pfarrer Bayha von Feinach. Donnerstag, 19. Juli. 8 Uhr abends: Kriegsbetstunde, Stefan Keller.

Katholische Gottesdienste.

7 Sonntag nach Pfingsten, den 15. Juli. 8 Uhr: Frühmesse. 9 1/2 Uhr: Predigt und Amt. 1 1/2 Uhr Andacht. Montag 8 1/2 Uhr: Vadsassongottesdienst in Feinach. Freitag 7 1/2 Uhr: Lazarettgottesdienst. Abends 8 Uhr: Kriegsbetstunde.

Gottesdienste in der Methodistenkapelle.

Sonntag Morg. 9 Uhr Predigt, Dr. E. Lüring, Frankfurt a. M. Sonntag Morg. 11 Uhr Sonntagsschule. Sonntag Mittag 2 Uhr Missionsfest, Vortrag über: „Missionsfeste in den Kriegsjahren“, von Dr. E. Lüring aus Frankfurt a. M. Mittwoch Abend 8 1/2 Uhr: Kriegsbetstunde.

Für die Schriftl. verantwortl. Otto Seilmann, Calw. Druck u. Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Sendet das Calwer Tagblatt ins Feld!

Stadtschultheißenamt Calw.

Der städtische Butter-Verkauf fällt morgen aus, weil keine Butter angeliefert wurde.

Die Metzger

haben sämtliche bis jetzt eingegangenen Fleischmarken einschl. der Zulage- und Zuschußmarken am Montag, den 16. ds., vormittags 8—12 Uhr, auf dem Rathaus abzuliefern. Calw, den 13. Juli 1917.

Stadtschultheißenamt: A. B. Dreiß.

Stadtschultheißenamt Calw.

1. Auf die Bekanntmachung des k. Generalkommandos vom 26. Juni 1917 über

Regelung des Verkehrs mit Heu,

namentlich auf § 6, wonach jeder An- und Verkauf von Heu ohne Bezugsschein der Landesfuttermittelstelle verboten ist, werden die Beteiligten hingewiesen. Näheres s. Calwer Tagblatt Nr. 158 und Anschlag am Rathaus.

2. Auf Lebensmittelmarke Nr. 67 sind in sämtlichen Geschäften

lose Suppen-Einlagen, ohne Marken Suppenwürfel, Erbsenwurst und Grünternmehl zu haben.

A. B. Dreiß.

Hirsau, den 13. Juli 1917.

Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unser lieber Sohn und Bruder



Gustav

im Alter von 14 1/2 Jahren unerwartet schnell gestorben ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Adolf Bollinger, Haltepunktvorsteher in Ernstmühl.

Beerbigung Sonntag nachmittag 1/2 5 Uhr in Hirsau.

Mineralwasserversorgung unfr. Truppen

Für dieselbe ist bis jetzt bei mir eingegangen 220,50 Mk. Die Liste kann bei mir eingesehen werden.

Weitere Gaben, die angelegt sind, erbittet in Völbe der Vertreter des Mähigkeitsvereins: Kirchenpfleger Schnürle.

A. Forstamt Hirsau.

Beig-Holz-Verkauf.

Am Montag, den 16. Juli 1917, nachmittags 1 Uhr, in der Wirtschaft von Mohr in Hirsau aus Staatswald Ligenhardt Abt. 15, Heumweg 23 Ulrichsacker, 26 Markgrafenwald, 33 Bruderhöhle, 34 Bruderberg, 37 Bauernsteigle 107 Km. buch. Scheiter (in einem Los) und 66 Km. buch. Prügel u. Klotzholz (in einem Los).

Veteranenverein Calw

Nächsten Sonntag, nachmittags 4 Uhr



Monats-Versammlung

beim Vorstand.

Der Ausschuß.

Wir empfehlen:

Senfesaat

1a. Qualität, sowie

Feld-Rübsamen

Geschw. Deutsche.

Kirschen,

an den Bäumen, verkauft gegen Barzahlung am Samstag abend 8 Uhr.

Joh. Kling, Calwer Hof.

Salienl-Pergament in Rollen

Salienl-Pulver,

Einmachtabletten,

Zitronenmoft,

Zitronensaft,

Grog-Extrakt

mit Wasser verdünnt gibt gute Limonade

Spar- und Consumverein.

Mädchen-Gesuch.

Suche für Anfang August tüchtiges fleißiges Mädchen, nicht unter 20 Jahren, bei hohem Lohn in gute dauernde Stelle in die Nähe Frankfurts. Angebote an die Geschäftsstelle dieses Blattes, wo Näheres zu erfragen ist.

Marmelade

beim

Spar- und Consumverein.

Sonntag, den 15. Juli, mittags 2 Uhr

Missions-Fest

in der Methodisten-Kapelle in Calw.

Vortrag von Missionar

Dr. E. Lüring aus Frankfurt a. M.

Thema:

„Missionsfeste in den Kriegsjahren“.

Jedermann ist herzlich eingeladen.

W. Firl, Prediger.

Frauenarzt

Sanitätsrat Dr. Schaller Stuttgart

Chefarzt am Krankenhaus Bethesda-zurück.

Hohenheimerstr. 10. 10—11 u. 3—5 Uhr.

Empfehle

Pfaff=,

Grißner=,

Phönix=

Nähmaschinen

anerkannt beste Fabrikate, solange Vorrat reicht noch zu verhältnismäßig billigem Preis; derselbe ist nur ein Drittel höher als der Friedenszeitpreis. Da die Lieferung äußerst spärlich erfolgt, ja vielleicht ganz aussetzen kann, ist es für Liebhaber geraten, sich rechtzeitig mit einer solchen zu versehen.

Neue Handwerker-Nähmaschinen

können nur bei Leistung schriftlicher eidesstattlicher Versicherung abgegeben werden, daß solche ausschließlich nur zu Militärarbeiten benützt werden.

Einige gebrauchte Nähmaschinen

unter Garantie, darunter

eine Singer-Schneider-Nähmaschine, ebenfalls abzugeben.

Hochachtungsvoll

Friedrich Herzog.

1.50

Benno

Pillen 1.—

sind einvielfach bewährtes, unschädliches Mittel bei Blutandrang, Kopfschmerz, Verstopfung, Hämorrhoiden, Fettleibigkeit.

Nur echt mit dem Bild des heiligen Benno.

Zu haben in allen Apotheken.